



ASIEN/HEILIGES LAND - Katholische Bischöfe: Vatikan lehnt Bau der Mauer in Cremisan ab

Jerusalem (Fidesdienst) – Die katholischen Bischöfe im Heiligen Land verurteilen mit Nachdruck den Bau einer Mauer der israelischen Behörden in dem zwischen Bethlehem und Jerusalem gelegenen Cremisan. In diesem Zusammenhang dementieren sie auch die angebliche schweigende „Zustimmung“ des Vatikans zu dem Bauvorhaben und erinnern daran, dass das Bauvorhaben auch auf der Grundlage des internationalen Rechts illegal sei.

In einer von allen Mitgliedern der Bischofsversammlung unterzeichneten Verlautbarung, die dem Fidesdienst vorliegt, erinnern die katholischen Bischöfe des Heiligen Landes daran, Einwohner der Umgebung von Bethlehem und insbesondere des Dorfes Walaja den Preis für ein solches Vorhaben zahlen, wo 58 christliche Familien und zwei Klostersgemeinschaften leben. „Die Gemeinde vor Ort“, so die katholischen Bischöfe, „wird ihr letztes Ackerland und Erholungsgebiete verlieren und auch eine Wasserquelle, die für die Bauern von wesentlicher Bedeutung ist“.

Das Cremisan-Tal ist mit seiner Natur ein wichtiges Erholungsgebiet für die Einwohner in der Umgebung von Bethlehem. Sollte die Mauer gebaut werden zudem vierhundert Kinder, die die Schule der Schwestern von Don Bosco besuchen, ihre Schulejahre in einer Art Gefängnis unter freiem Himmel, umgeben von Mauern und Check-Points, verbringen.

Die katholischen Bischöfe verneinen jede Art von – ausdrücklicher oder stillschweigender – Zustimmung durch den Vatikan, der Ortskirche und den israelischen Behörden im Hinblick auf den Mauerbau und dementieren entsprechende Gerüchte, die diesbezüglich in den vergangenen Tagen im Umlauf gebracht wurden. In ihrer Verlautbarung erinnern die Bischöfe auch an ein Urteil des Internationalen Gerichtshofs vom Juli 2004, das den Mauerbau als illegal bezeichnet. Die katholischen Bischöfe im Heiligen Land haben unter dessen die katholische Menschenrechtsorganisation „Saint Yves Society“ damit beauftragt, rechtliche Schritte gegen die israelische Militärbehörde zu unternehmen, die den Bau der umstrittenen Mauer verhindern sollen. (GV) (Fidesdienst, 24/10/2012)